

Carsten Linnemann führt MIT der CDU/CSU: Generationenwechsel an der Spitze des Wirtschaftsflügels der Union



Dr. Carsten Linnemann bei seiner Rede in Braunschweig

Carsten Linnemann ist neuer MIT-Bundesvorsitzender. Die 11. Bundesdelegiertenversammlung wählte den 36-jährigen Abgeordneten des Deutschen Bundestages an die Spitze des Wirtschaftsflügels der Union. Auf der Tagung im niedersächsischen Braunschweig stimmte die Mehrheit der Delegierten für den CDU-Wirtschaftspolitiker aus Paderborn (Nordrhein-Westfalen). Linnemann wurde für eine Amtsperiode von zwei Jahren gewählt. Qua Amt wird er künftig dem Bundesvorstand der CDU Deutschlands angehören und dort die Positionen des Wirtschaftsflügels vertreten. Er tritt die Nachfolge von Dr. Josef Schlarmann an, der die MIT seit 2005 geführt und nicht erneut für das Amt des Bundesvorsitzenden kandidiert hat.

Anbindung an PKM

Carsten Linnemann ist promovierter Volkswirt und seit 2009 direkt gewählter Abgeordneter des Deutschen Bundestages. 2013 verteidigte er sein Mandat mit 59,1 Prozent der abgegebenen Stimmen. Im Bundestag ist er Mitglied des Vorstandes des Parlamentskreises Mittelstand (PKM). In seiner Rede in Braunschweig kündigte er an, die

Zusammenarbeit von Wirtschaftsflügel der Union und Wirtschaftspolitikern in der Fraktion auf eine neue Ebene zu stellen: „Ich bin überzeugt, dass die MIT künftig noch stärker dort vertreten sein muss, wo politische Realitäten geschaffen werden. Aus diesem Grund ist es mein Ziel, die Zusammenarbeit von MIT und PKM neu zu definieren. Wir brauchen die Anbindung ans Parlament, wenn wir unsere Anliegen umgesetzt sehen wollen.“

Mittelständler im Parlament

Die MIT ist im Parlament stark vertreten: 167 MIT-Mitglieder gehören dem 18. Deutschen Bundestag an. Damit hat mehr als die Hälfte der 311 Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein Mittelstands-Parteibuch. „Mit dieser großen Zahl von Vertretern des Wirtschaftsflügels der Union im Parlament verfügt die mittelständische Wirtschaft über eine starke Stimme. Diese Stimme werden wir künftig hörbar erheben und uns für eine Politik im Interesse der Mitte der Gesellschaft einsetzen“, sagt Carsten Linnemann.

MIT stellt sich neu auf

Als stellvertretende MIT-Bundes-

vorsitzende wählte die Bundesdelegiertenversammlung Dieter Bischoff, Dr. Rolf Koschorrek, Patricia Lips MdB, Dr. h.c. Hans Michelbach MdB, Dorin Mützel-Brenncke und Jürgen Presser.

Hermann Hesse wurde zum Bundesschatzmeister der MIT gewählt. Der Unternehmer aus Lingen (Niedersachsen) folgt auf Peter Jungen, der das Amt seit 1997 inne hatte.

Starker Bundesvorstand

Als Beisitzer im MIT-Bundesvorstand wählten die Delegierten des mit 40.000 Mitgliedern und Sympathisanten stärksten mittelstandspolitischen Verbands

in Deutschland: Gerald Aßmann, Rolf Buttkus, Michael Darda, Marie-Luise Dött MdB, Heinz-Josef Drießen, Heiko Eibenstein, Peter Erl, Norbert Eyck, Dr. Albrecht Geier, Peter Götz, Dr. Matthias Heider MdB, Judith Helfmann-Hundack, Helena Kapp, Bernhard Kösslinger, Jochen Leinert, Benno Lensdorf, Wolfgang Leyendecker, Michael Littig, Werner Lübbe, Peter Luths, Norbert Müller, David Novak, Helmut Nowak MdB, Michael Piepenschneider, Dr. Harald Pohlmann, Margarete Reiser, Günter Reiser, Marco Reuter, Volker Rode, Thomas Schmatz, Eva-Maria Sieringhaus, Philipp Steinwärdner, Horst Tarnawski, Bernd Wegner MdL.



David McAllister, Landesvorsitzender der CDU in Niedersachsen, begeisterte die Delegierten des MIT-Kongresses

Wirtschaftsflügel der Union stellt Forderungen für Koalitionsverhandlungen



Carsten Linnemann, Christian Frhr. von Stetten und Kurt Lauk tragen die Forderungen des Wirtschaftsflügels vor

Der Wirtschaftsflügel der Union bringt sich intensiv in die Koalitionsverhandlungen von CDU, CSU und SPD ein. Um die Forderungen der Wirtschaft zu artikulieren, haben sich Parlamentskreis Mittelstand der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag (PKM), die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) und der Wirtschaftsrat der CDU e.V. auf gemeinsame Positionen verständigt und diese im Rahmen einer Erklärung veröffentlicht. In diesen „Wirtschafts- und mittelstandspolitischen Kernforderungen für die Koalitionsverhandlungen von CDU/CSU und SPD“ appelliert der Wirtschaftsflügel, dass die positive Entwicklung bei den Steuereinnahmen genutzt wird, um die öffentlichen Haushalte weiter zu konsolidieren. „Unsere Wirtschafts- und Finanzpolitik muss sich an

den ordnungspolitischen Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft orientieren und auf Wachstum und Beschäftigung ausgerichtet sein“, heißt es in dem Papier.

Wachstumsimpulse setzen

Steuererhöhungen, einen von der Politik festgelegten Mindestlohn sowie Eurobonds lehnen PKM, Wirtschaftsrat und MIT entschieden ab. Gleiches gilt für Maßnahmen, welche die Flexibilität im Arbeitsrecht einschränken. Vorhaben zu Lasten der Unternehmen und des Standorts Deutschland dürfen aus Sicht des Wirtschaftsflügels der Union nicht umgesetzt werden. Vielmehr gilt es, positive Wachstumsimpulse zu setzen. Dazu müssen u.a. die kalte Progression in der Einkommen-

steuer abgemildert, die Vorverlegung der Fälligkeit von Sozialversicherungsbeiträgen zurückgenommen und die steuerlichen und handelsrechtlichen Aufbewahrungsfristen auf fünf Jahre verkürzt werden.

MIT-Chef an Verhandlungen beteiligt

Carsten Linnemann sitzt bei den Koalitionsverhandlungen in der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales mit am Tisch und bringt die Forderungen des Wirtschaftsflügels ein. „In den Koalitionsverhandlungen mit der SPD kommt es in erster Linie darauf an, die Finanzierung von arbeits- und sozialpolitischen Maßnahmen im Blick zu behalten. Für uns sind keine Maßnahmen hinnehmbar, die nicht konsequent gegenfinanziert sind“.

Kernforderungen des Wirtschaftsflügels der Union für eine Große Koalition

- » Die kalte Progression in der Einkommensteuer muss abgemildert werden.
- » Die Umsatzgrenze für die Ist-Besteuerung soll auf 2 Mio. Euro Jahresumsatz angehoben werden, um gerade kleine Betriebe zu entlasten.
- » Wir wollen die degressive AfA wieder einführen.
- » Die Finanzpolster der Sozialversicherungen bieten die einmalige Chance, die Vorverlegung der Fälligkeit von Sozialversicherungsbeiträgen zu korrigieren.
- » Wir wollen die steuerlichen und handelsrechtlichen Aufbewahrungsfristen von 10 Jahren auf fünf Jahre verkürzen.
- » Wir müssen das Erneuerbare-Energien-Gesetz zügig reformieren.
- » Die energetische Gebäudesanierung soll technologieoffen und diskriminierungsfrei auch steuerlich gefördert werden.
- » Wir wollen Europa, den Binnenmarkt und den Euro als Gemeinschaftswährung stärken.

Bundesvorstand beschließt Strategie 2013-2015: Politik für „gesamte bürgerliche Mitte“

Auf der konstituierenden Sitzung des neuen Bundesvorstands stand die künftige strategische Arbeit der MIT im Mittelpunkt der Beratungen. Die von der 11. MIT-Bundesdelegiertenversammlung am 11. und 12. Oktober 2013 in Braunschweig gewählten Bundesvorstandsmitglieder verständigten sich darauf, in den kommenden zwei Jahren alle Leistungsträger in diesem Land, also die gesamte bürgerliche Mitte, ansprechen zu wollen. Dazu will sich die MIT auf die Kernforderungen Planungssicherheit für kleine und mittlere Unternehmen, Abschaffung der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge, Minderung der Kalten Progression, beschäftigungsorientierte Arbeitsmarktpolitik und marktwirtschaftliche Ausrichtung der Energiepolitik fokussieren. In dem Beschluss „Arbeit und Strategie der MIT 2013-2015“ heißt es dazu: „Umverteilung, Steuererhöhungen, Mehrbelastung der Mittelschicht, ordnungspolitische Verstöße in den sozialen Sicherungssystemen und wachstums- und beschäftigungsfeindliche Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt und die Vergemeinschaftung von Schulden lehnen wir ab. Das werden wir sowohl in internen Gremiensitzungen der Union, an den Verhandlungstischen und in der Öffentlichkeit deutlich artikulieren.“ Zudem soll der Neumitgliedergewinnung und der Revitalisierung von Gliederungen eine besondere Priorität eingeräumt werden.

Als Beisitzer des Bundesvorstandes im MIT-Präsidium wurden Bernhard Kösslinger, Wolfgang Leyendecker und Werner Lübke gewählt. Philipp Mißfelder MdB wurde als Ständiger Gast im MIT-Präsidium benannt. Zudem wurde Dr. Sandra Schnarrenberger in den MIT-Bundesvorstand kooptiert und Thomas Bareiß MdB, Steffen Bilger MdB, Dr. Philipp Birkenmaier, Frank Gotthardt, Jörg Hamel, Dr. Thomas Köster, Matthias Klein, Günter Kohl, Oswald Metzger, Dr. Mathias Middelberg MdB, Mike Mohring MdL, Hildegard Müller, Prof. Winfried Pinger, Hartmut Schauerte, Sebastian Schulte, Jens Spahn MdB sowie Stephan Werhahn als Ständige Gäste des MIT-Bundesvorstands benannt.

Als Beisitzer des Bundesvorstandes im MIT-Präsidium wurden Bernhard Kösslinger, Wolfgang Leyendecker und Werner Lübke gewählt. Philipp Mißfelder MdB wurde als Ständiger Gast im MIT-Präsidium benannt. Zudem wurde Dr. Sandra Schnarrenberger in den MIT-Bundesvorstand kooptiert und Thomas Bareiß MdB, Steffen Bilger MdB, Dr. Philipp Birkenmaier, Frank Gotthardt, Jörg Hamel, Dr. Thomas Köster, Matthias Klein, Günter Kohl, Oswald Metzger, Dr. Mathias Middelberg MdB, Mike Mohring MdL, Hildegard Müller, Prof. Winfried Pinger, Hartmut Schauerte, Sebastian Schulte, Jens Spahn MdB sowie Stephan Werhahn als Ständige Gäste des MIT-Bundesvorstands benannt.



Carsten Linnemann (l.) und Hans Michelbach (r.) berichten dem MIT-Bundesvorstand von den Koalitionsverhandlungen



Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge: Versprechen einlösen und Kredit zurückzahlen

Die Rentenkasse verfügt aktuell über ein Finanzpolster von rund 30 Milliarden Euro. Diese gute Kassenlage ist in erster Linie auf einen Kredit der Wirtschaft zurückzuführen. 2005 stand die Rentenkasse vor dem Ruin. Deshalb hatte die damalige rot-grüne Bundesregierung beschlossen, die Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge vorzuverlegen. Anstatt bis zum 15. des Folgemonats mussten die Arbeitgeber die Sozialversicherungsbeiträge bereits zum drittletzten Bankarbeitstag für den Folgemonat zahlen. Mit diesem Trick - in einem Jahr wurden 13 Monatsbeiträge einkassiert - entspannte sich die Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherung. Allerdings zu dem hohen Preis, dass den Unternehmen Liquidität entzogen und hohe Bürokratielasten auferlegt wurden.

„Die Vorfälligkeit war in wirtschaftlich schlechten Zeiten eingeführt worden. Es handelt sich um einen Kredit, den die Wirtschaftsunternehmen der Rentenkasse gewähren. Der muss jetzt zurückgegeben werden.“

(Carsten Linnemann in Die WELT, 5. November 2013)

Die Union hatte bei der Einführung der Vorfälligkeit versprochen, diese mittelstandsfeindliche Regelung zurückzunehmen, sobald es die Kassenlage erlaubt. Angesichts der Milliardenüberschüsse ist die Union nun in der Pflicht. Die Rücknahme der Vorfälligkeit ist eine Frage der Glaubwürdigkeit. Die MIT fordert auf, in dieser Frage Wort zu halten und das Versprechen der Rücknahme in dieser Legislaturperiode einzulösen.



MIT in den MEDIEN

Bundesvorsitzender Carsten Linnemann transportiert die Positionen der MIT

„Die Rückzahlung von Schulden muss das große Ziel dieser Koalition bleiben.“

(BILD, 28. Oktober 2013)

„Die Finanzpolster in den Sozialversicherungen bieten die einmalige Chance, den Griff in die Sozialkassen von 2005 zu korrigieren.“

(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. Oktober 2013)

„Für wirklich problematisch halte ich aber die Solidar- oder die Lebensleistungsrente. Denn sie schaffen neue Ungerechtigkeiten und stellen einen klaren Bruch mit der Systematik der umlagefinanzierten Rente dar.“

(DIE WELT, 19. Oktober 2013)

„Wir müssen die kalte Progression abbauen. Sie ist Diebstahl.“

(DIE WELT, 20. Oktober 2013)

„Der Staat muss lernen, mit seinen Einnahmen auszukommen.“

(stern.de, 15. Oktober 2013)

„Wir werden uns weiterhin gegen einen Mindestlohn aussprechen, der von den Parlamentariern im Bundestag festgelegt wird. Ansonsten droht uns in jedem Wahlkampf ein Überbietungswettbewerb um die höchsten Mindestlöhne.“

(Weser-Kurier, 18. Oktober 2013)

„Es wird keine Steuererhöhungen geben. Hier geht es um die zentrale Frage der Glaubwürdigkeit, auch die Glaubwürdigkeit in die Politik, und hier muss die Union stark bleiben. Hier gibt es eine rote Linie und die darf nicht überschritten werden.“

(Deutschlandfunk, 12. Oktober 2013)

„Die Strompreise müssen für private Verbraucher und den Mittelstand bezahlbar bleiben.“

(Westfalenpost, 1. November 2013)

„Es wird entscheidend darauf ankommen, dass am Ende des Tages die beiden Leitplanken stehen und nicht brüchig sind: Auf der einen Seite ‚Keine Steuererhöhungen‘ und auf der anderen Seite ‚Schuldenabbau‘.“

(Bericht aus Berlin, ARD, 10. November 2013)

„Die Rente mit 63 darf es mit der Union nicht geben“

(Neue Osnabrücker Zeitung, 9. November 2013)

„Fakt ist, dass die Union die Wahl gewonnen hat und nicht die SPD. Es kann also nur im Interesse der Partei sein, wenn wir unsere marktwirtschaftlichen Positionen mit Nachdruck in die Koalitionsgespräche einfließen lassen.“

(Süddeutsche Zeitung, 8. November 2013)

„Eine Aufstockung der Rente für Geringverdiener würde das ganze Leistungsprinzip des Rentensystems infrage stellen. Das wäre ein gefährlicher Systembruch.“

(WirtschaftsWoche, 11. November 2013)

Keine Steuererhöhungen zur Haushaltssanierung!

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird von der MIT aufgefordert, in der neuen Legislaturperiode Steuererhöhungen abzulehnen und für eine spürbare Steuervereinfachung einzutreten. Steuererhöhungen zur Sanierung des Staatshaushaltes werden von der MIT abgelehnt. Die Sanierung der staatlichen Haushalte muss auf der Ausgabenseite erfolgen. Steuererhöhungen hemmen die Investitionsfähigkeit der Wirtschaft und schwächen deren Wettbewerbsfähigkeit. So trifft ein höherer Spitzensteuersatz in der Einkommensteuer Personenunternehmen und Arbeitnehmer gleichermaßen, indem Investitionen und Konsum reduziert werden.

„Der Weg zur notwendigen Haushaltskonsolidierung darf nicht über eine Mehrbelastung von Bürgern und Unternehmen führen.“

(Beschluss der MIT-Bundesdelegiertenversammlung)

Wiedereinführung einer Vermögensteuer oder einer Vermögensabgabe. Substanzsteuern verhindern die dringend notwendige Kapitalbildung der Unternehmen und schwächen Deutschland als Standort für Investitionen.

Weiterhin fordert die MIT die konsequente Vereinfachung des deutschen Steuersystems, denn das Steuerrecht ist ein ernstzunehmender Standortnachteil für die deutsche Volkswirtschaft.

Als erste Schritte hin zu weniger Bürokratie durch Steuervereinfachung schlägt die MIT die Verkürzung der steuerlichen Aufbewahrungsfristen von 10 auf 5 Jahre, reduzierte Nachweispflichten bei Exportgeschäften, keine zusätzlichen Umsatzsteuervoranmeldungen für Existenzgründer sowie kostenfreie verbindliche Auskünfte der Finanzämter vor.

Vor diesem Hintergrund lehnt die MIT auch eine weitere Besteuerung von Vermögenssubstanzen ab. Dies gilt für die Überarbeitung der Erbschaftsteuer wie auch für eine



Die Delegierten der MIT haben sich mit großer Mehrheit gegen Steuererhöhungen ausgesprochen

Haftungsprinzip muss gestärkt werden

Die MIT beobachtet mit Sorge, dass personale Eigentümergeverantwortung immer mehr ausgehöhlt und Haftung kollektiviert wird. Für die MIT gehört zur Freiheit des Eigentums untrennbar die Bereitschaft, für Folgen von unternehmerischen Entscheidungen zu haften. Wo das Haftungsprinzip gilt, kann sich am ehesten auch eine unternehmerische Verantwortungskultur behaupten.

Da der voll haftende Eigentümer-Unternehmer von vielen Seiten in Bedrängnis geraten ist, ist es für die MIT eine ordnungspolitische Aufgabe ersten Ranges, die Idee des Eigentums und die damit verbundene Verantwortungskultur wieder zu stärken und die Wettbewerbsnachteile für voll haftende Eigentümer-Unternehmer abzubauen. So fehlt es im Steuerrecht faktisch an einer konsequenten Rechtsformneutralität

zwischen Personen- und Kapitalgesellschaften. Diese steuerrechtliche Diskriminierung der Eigenkapitalbildung in Personengesellschaften muss beseitigt werden. Weiterhin schlägt die MIT vor, im Arbeits- und Sozialrecht Anreize für eine Abkehr von der Haftungsbegrenzung zu schaffen, da viele Regelungen in Wirklichkeit auf große, haftungsbeschränkte Unternehmen ausgerichtet sind. Kleine und mittlere Unternehmen werden so häufig vor besondere Belastungen gestellt.

Auch bei der Unternehmensfinanzierung muss die Benachteiligung inhabergeführter Unternehmen korrigiert werden. Der Zugang kleiner und mittlerer Unternehmen zum Kredit darf durch Schritte der Finanzmarktregulierung z.B. im Rahmen von „Basel III“ nicht gefährdet werden.

Gutachten der Wirtschaftsweisen

Die MIT begrüßt das Jahresgutachten 2013/14 ‚Gegen eine rückwärtsgewandte Wirtschaftspolitik‘ des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und appelliert, den Empfehlungen der ‚Wirtschaftsweisen‘ zu folgen. Der Sachverständigenrat warnt zu Recht vor Steuererhöhungen, ausufernden Staatsausgaben und einer stärkeren Regulierung des Arbeitsmarktes. Statt die Erfolgsfaktoren des Arbeitsmarktes zu festigen, wie es von dem Expertengremium gefordert wird, und somit Wachstum, Beschäftigung und Innovation zu ermöglichen, droht ein drastisches Zurückdrehen der Reformen der Agenda 2010. Auch die geplanten sozialen Wohltaten, insbesondere in der Rentenpolitik, sehen Sachverständigenrat und MIT gleichermaßen kritisch. Ausdrücklich unterstützt die MIT den Vorschlag, vorhandene Spielräume für einen Abbau der Kalten Progression zu nutzen. Auch die MIT setzt sich intensiv für ein Abschmelzen dieses leistungsfeindlichen Mechanismus in der Einkommensteuer ein.

Bekennnis zu Meisterbrief gefordert

„In den Koalitionsvertrag muss ein klares Bekenntnis zum deutschen Meisterbrief geschrieben werden. CDU, CSU und SPD sind gleichermaßen aufgefordert, sich zum deutschen Mittelstand und somit zum Meisterbrief zu bekennen“, fordert MIT-Chef Carsten Linnemann. „Der Meisterbrief ist ein Qualitätsmerkmal für das deutsche Handwerk. Dieses Gütesiegel dürfen wir uns nicht von Brüssel wegnehmen lassen. Die Mittelständler erwarten von einer neuen Bundesregierung, dass sich diese für den Erhalt des Meisterbriefes einsetzt.“ Die Europäische Kommission plant, den Zugang zu reglementierten Berufen zu erleichtern. Deutschland wird angehalten, die Zugangsregelung zu allen Handwerksberufen zu begründen. Zulassungspflichtig bedeutet, dass jeder, der in diesen Gewerken einen Betrieb eröffnen und ausbilden will, einen Meisterbrief als Qualifikation vorweisen muss.



www.facebook.com/MITbund
www.twitter.com/MIT_bund
www.flickr.com/photos/mit-bundesgeschaeftsstelle
www.youtube.com/MITpodcast

MIT - Bundesverband

ViSdP: Hans-Dieter Lehnen,
Hauptgeschäftsführer der MIT

Kontakt

Charitéstraße 5 • 10117 Berlin
Telefon: 0 30 / 22 07 98-0
Telefax: 0 30 / 22 07 98-22

E-Mail: info@mittelstand-deutschland.de
www.mittelstand-deutschland.de

Fotos: MIT intern; sonstige Bilder: brandung³, Lieferungen der MIT



MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU/CSU